

# Kreis & Kommune

## Finanzverhandlung

# Städtetag will Haushaltssperren vermeiden

In den Haushaltsplänen der Kommunen klaffen Löcher von mehreren Milliarden Euro. Um Haushaltssperren zu vermeiden, fehlt den Städten vor allem die Zusage, dass das Land dauerhaft die Ausfälle aus dem kommunalen Finanzausgleich übernimmt. Der Städtetag will eine schnelle Lösung.

Von Philipp Rudolf

STUTTGART. Bislang haben laut Städtetag nur wenige Kommunen Haushaltssperren verhängt. Das müsste auch in Zukunft vermieden werden, betonte der Präsident des Städtetags und Oberbürgermeister von Mannheim, Peter Kurz (SPD), am Mittwoch.

Der von Land und Bund angekündigte Ausgleich der Gewerbesteuerausfälle würde allerdings nicht ausreichen, um jetzt die Finanzen der Städte und Gemeinden zu stabilisieren. Denn nach der aktuellen Steuerschätzung vom Mai würde auch wesentlich weniger Geld aus dem kommunalen Finanzausgleich in die Kommunen fließen.

### Zahlungen sind nicht als gesicherte Einnahmen verbucht

Das Land hat deshalb die Zahlen vom Oktober 2019 zur Grundlage gemacht und den Kommunen für Januar bis Juni 517 Millionen Euro zusätzlich überwiesen – im Rahmen einer Abschlusssatzung.

Der Städtetag forderte am Mittwoch, dass den Städten und Gemeinden diese Mittel dauerhaft erhalten bleiben. Denn die Zahlungen seien nicht als gesicherte Einnahmen in der doppischen Buchführung der Mitgliedsstädte verbucht.

„Das hilft zwar auch, aber eben nicht, um eine Haushaltssperre zu vermeiden“, erklärt Kurz. In der Folge könnten die Sperren dazu führen, dass der Konjunkturmotor der Wirtschaft abgewürgt werde, weil Kommunen auf Aufträge und auf Investitionen verzichten.

„Wir brauchen jetzt mehr denn je gut organisierte und leistungsfähige Kommunen“, betonte Kurz, „mit der entsprechenden finanziellen Ausstattung bleiben sie handlungsfähig und können das Vertrauen der Bevölkerung stärken.“ Die Frage der Schlüsselzuweisungen müsse bis zur Sommerpause geklärt werden, erklärt Gudrun Heurte-Bluhm, geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Städtetags. Andernfalls müssten vermutlich viele Mitgliedskommunen eine Haushaltssperre verhängen.

Auch der Landkreistag schließt sich diesen Forderungen an. Der Präsident und Landrat von Tübingen, Joachim Walter (CDU), betonte am Donnerstag, dass die finanzielle Situation der Gemeinden letztlich Einfluss über die Kreisumlage und damit auf die Landkreise habe.

Die Finanzzuweisungen des Landes an die Kommunen erfolgen in vier Teilzahlungen pro Jahr – zum 10. März, 10. Juni, 10. September und 10. Dezember. Ihre Höhe richtet sich in der Regel nach der aktuellen Steuerschätzung.

Das Finanzministerium kündigte am Mittwoch an, die dritte Teilzahlung vom September in den Juli vorzuziehen. Die Städte und Gemeinden erhalten damit 517 Millionen Euro für das zweite Quartal zusätzlich und weitere 238 Millionen Euro in der dritten Teilzahlung. Das sind insgesamt rund 755 Millionen Euro mehr, als es auf Basis der Steuerprognose der Fall wäre, teilte das Ministerium mit. Diese Überweisungen kommen unabhängig von den

Forderungen des Städtetags, dabei handelt es sich vorerst ebenfalls um Abschlagszahlungen.

Die Mai-Steuerschätzung sowie eine Umfrage unter den Kommunen zeigen, wie tiefgreifend die Verluste durch Corona sind. Laut der Befragung – mit Stichtag vom 15. Mai – fehlen den kommunalen Kassen 780 Millionen Euro. Dabei handelt es sich um entfallene Beiträge für Kinderbetreuung, zudem mussten Krankenhäuser auf Operationen verzichten und teure Schutz-ausrüstung beschafft werden.

### Land hat bereits Soforthilfe von rund 200 Millionen Euro ausbezahlt

Bei der allgemeinen Finanzausstattung der Kommunen stelle sich die Lage noch weitaus dramatischer dar, teilte der Städtetag mit. Nach der Mai-Steuerschätzung liegt die Summe der Mindereinnahmen bei insgesamt 3,8 Milliarden Euro, die Hälfte davon entfällt auf die Gewerbesteuer (siehe Grafik).

Das Land hat den Städten und Gemeinden bereits eine Soforthilfe von rund 200 Millionen Euro gezahlt, von denen 170 Millionen Euro für die Erstattung der Elternbeiträge für Kitas und andere Betreuungseinrichtungen benötigt werden. Damit sei der Juni allerdings nicht abgedeckt, obwohl auch im vergangenen Monat Kitas größtenteils geschlossen waren, sagte Kurz.

Der Städtetags-Präsident wagt keine Prognose über 2020 hinaus: „Wir fliegen in diesem Jahr auf Sicht, was die Finanzen betrifft.“ Es sei nicht abzusehen, ob erneut mit dem Land verhandelt werden müsse.

### MEHR ZUM THEMA

Die Zusagen des Bundes, um die Verluste der Kommunen auszugleichen, unter: <https://kurzlinks.de/Entlastung>



**SCHÖNAU**  
Peter Schelshorn,  
Bürgermeister  
Klare Sache für den  
Amtsinhaber.



**SPECHBACH**  
Werner Braum,  
Unternehmer  
Erfolg im ersten  
Wahlgang.

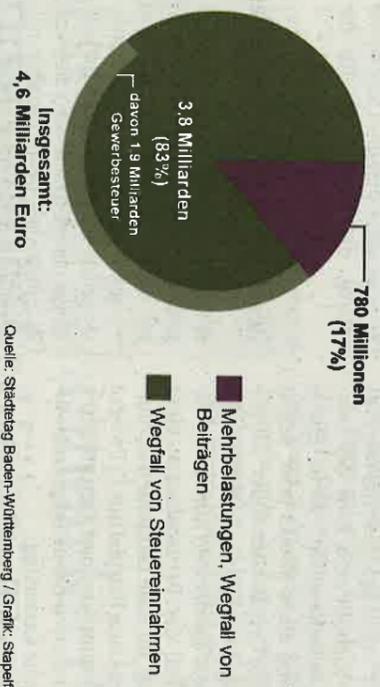
Peter Schelshorn (CDU) wird acht weitere Jahre die Geschicke der Gemeinde Schönau im Schwarzwald (Kreis Lörrach) leiten. Der 47-Jährige

Werner Braum ist der neue Bürgermeister von Spechbach im Rhein-Neckar-Kreis. Im ersten Wahlgang konnte er sich mit 52,1 Prozent



Laden- und Firmenschließungen durch Corona kosten viel Geld. Um planen zu können, fordern Städte die Finanzzusage des Landes vor der Sommerpause. FOTO: DPA/SCHMIDT

### Finanzielle Auswirkungen der Corona-Krise auf die Kommunen (in Euro)



Bestens informiert.  
Mit dem **Kommunal-Newsletter**.  
Jetzt abonnieren:  
[www.staatsanzeiger.de/newsletter](http://www.staatsanzeiger.de/newsletter)

## Pakt klim Verw

STUTTGART. Landesben am schutz ihm be Städter Vorbild Hand b Ziel, bis manent chen. I Landkr meinde mende rund 27 gung, Der 1 Willens rung, se Unterst schutzp schütz System- Kommun gagegen aus.

## KURZ I

Erste M auf Ins

LUDWIGSbur zum Di dem soz lädt die I Juli, zur stunde kehr. A der Strac ressierte „live“ mi Fachber ge Mob schen, t

5000 N Abfall- OFFENNI der „Ab sieben V das Pro Über di rungen 7 matione abrubra hälter be

## CDU: Fahrverbote in Stuttgart sind nicht unvermeidlich

Partei fordert dazu auf, Spielräume zu nutzen

STUTTGART. Nach der Niederlage des Landes vor dem Verwaltungsgericht Stuttgart hält die CDU-Landtagsfraktion Fahrverbote für Euro-5-Diesel in Stuttgart nicht für zwingend – und widerspricht damit dem grünen Verkehrsminister Win-



In Schönau im Schwarzwald (Kreis Lörrach) geht von der Bürgermeisterwahl am vergangenen Wochenende Kontinuität aus: Rathauschef Peter Schelshorn (CDU) wurde deutlich im Amt bestätigt. In Spechbach (Rhein-Neckar-Kreis) war der Wechsel bereits vor der Abstimmung klar: Amtsinhaber Guntram Zimmermann hatte nicht mehr kandidiert. Das Rennen machte Werner Braum (Freie Wähler).